

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1974

Ausgegeben am 22. Jänner 1974

17. Stück

44. Verordnung: Schuhkennzeichnungsverordnung

45. Verordnung: Änderung der Weinverordnung

46. Sechszwanzigste Weltgesundheitsversammlung — Abänderung der Internationalen Gesundheitsregelungen (1969)

44. Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 13. Dezember 1973 über die Kennzeichnung der Beschaffenheit von Schuhen (Schuhkennzeichnungsverordnung)

Auf Grund des § 32 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 26. September 1923, BGBl. Nr. 531, gegen den unlauteren Wettbewerb in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 74/1971 wird verordnet:

§ 1. (1) Schuhe aller Art, deren Obermaterial oder Laufsohle aus Leder oder Kunststoff bestehen, dürfen nur dann gewerbsmäßig verkauft, feilgehalten oder sonst in Verkehr gesetzt werden, wenn sie nach den Bestimmungen dieser Verordnung gekennzeichnet sind.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Schuhe,

- a) die bereits bestimmungsgemäß gebraucht worden sind,
- b) die für eine bestimmte Person nach Maß angefertigt worden sind.

§ 2. (1) Zur Kennzeichnung ist ein Begriff zu verwenden, welcher dem Käufer (Letztverbraucher) die Unterscheidung ermöglicht, ob die im § 1 Abs. 1 genannten Schuhteile aus Leder oder Kunststoff bestehen.

(2) An Stelle oder zusätzlich zu der im Abs. 1 vorgesehenen Kennzeichnung darf für Schuhteile aus Leder das in der Anlage abgebildete Ledersymbol verwendet werden.

§ 3. (1) Die Kennzeichnung hat sichtbar, deutlich lesbar und unverwischbar zu erfolgen

- a) im Bereich der Fersenpartie des Schuhes, bei Stiefeln oder Pelzschuhen allenfalls auf der Innenseite des Schaftes oder auf einem Stoffband am oberen Ende des Schaftes, oder

b) durch einen am Schuh zu befestigenden Anhänger aus haltbarem Material (z. B. fester Karton, Kunststoff, Leder).

(2) Erfolgt keine Kennzeichnung gemäß Abs. 1 lit. a, so ist der Kennzeichnungspflicht durch den Erzeuger oder Importeur bei Abgabe des Schuhes an Wiederverkäufer entsprochen, wenn der zur Befestigung am Schuh bestimmte Anhänger spätestens gleichzeitig mit der Lieferung des Schuhes an den Wiederverkäufer diesem mitgeliefert wird.

(3) Die Kennzeichnung der Beschaffenheit der Laufsohle ist auch auf der Laufsohle zulässig; dies gilt jedoch nicht, wenn die Kennzeichnung gemäß Abs. 1 lit. b erfolgt.

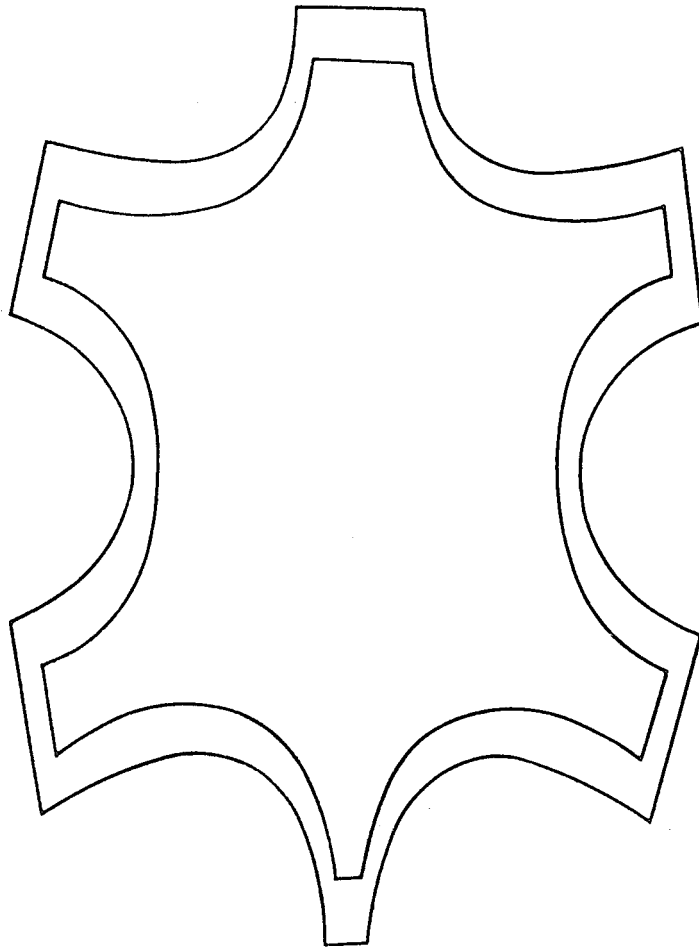
§ 4. Die Kennzeichnung ist nur auf einem der beiden Schuhe eines Paares erforderlich.

§ 5. (1) Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Kennzeichnungsangaben und für die Einhaltung der Bestimmung des § 3 Abs. 2 ist der Erzeuger, bei Importware der Importeur verantwortlich.

(2) Andere als im Abs. 1 genannte Personen, sofern sie Schuhe gewerbsmäßig verkaufen, feilhalten oder sonst in Verkehr setzen, sind im Fall der Kennzeichnung gemäß § 3 Abs. 1 lit. b dafür verantwortlich, daß die von ihnen angebotenen Schuhe mit dem dazugehörigen, vom Erzeuger oder Importeur mitgelieferten Anhänger versehen sind.

§ 6. Diese Verordnung gilt nicht für Schuhe, die vom Erzeuger oder Importeur vor dem 1. Oktober 1974 unmittelbar an Letztverbraucher oder Wiederverkäufer geliefert werden.

Staribacher



45. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 21. Dezember 1973, mit der die Weinverordnung geändert wird

Auf Grund der §§ 6 Abs. 5, 30 Abs. 11, 33 Abs. 6 und 44 Abs. 5 des Weingesetzes 1961, BGBl. Nr. 187, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 334/1971 und BGBl. Nr. 60/1972 wird, hinsichtlich des § 1 Abs. 1 lit. d dritter Satz und des § 3 Abs. 1 lit. f im Einvernehmen mit den Bundesministern für Gesundheit und Umweltschutz und für Handel, Gewerbe und Industrie, hinsichtlich des § 7 c und des § 9 Abs. 2 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz und hinsichtlich des § 10 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, verordnet:

Artikel I

Die Weinverordnung, BGBl. Nr. 321/1961, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 253/1964 und BGBl. Nr. 2/1972 wird geändert wie folgt:

1. Im Abs. 1 des § 1 hat der dritte Satz der lit. d zu lauten:

„Bentonit ist technisch rein, wenn er, auf Trockensubstanz bezogen, einen Sandgehalt von höchstens 4'0 v. H., in 10⁰oiger Essigsäure lösliche Substanzen insgesamt höchstens 3'0 v. H., davon höchstens 0'50 Gramm Natrium, 60 Milligramm Eisen, 2 Milligramm sonstige Schwermetalle, als Blei berechnet, und 0'4 Milligramm Arsen, je in 100 Gramm enthält.“

2. Im Abs. 1 des § 3 hat die lit. f zu entfallen.

3. Im § 7 a hat der erste Halbsatz zu lauten: „Als Mindestwerte für Wermut, Wermut trocken (dry) oder Wermutwein, Wermutwein trocken (dry) werden je Liter festgestellt:“

4. Nach § 7 b ist anzufügen:

„Mindestwerte für nicht versetzte
Weine

§ 7 c. (1) Als Mindestwerte für nicht versetzte Weine werden, unbeschadet sonstiger Weinbeurteilungsgrundlagen, festgestellt an:

a) vorhandenem Alkohol:

8'0 Raumbunderteile, für Weine besonderer Reife und Leseart 5 Raumbunderteile (§ 19 Abs. 5 lit. e des Weingesetzes 1961 in der Fassung BGBl. Nr. 334/1971);

b) zuckerfreiem Extrakt (in Gramm je Liter) unter Bedachtnahme auf den jeweiligen Alkoholgehalt:

vorhandener Alkoholgehalt in Raumbunderteilen	zuckerfreier Extrakt
8	15'0
9	15'5
10	16'0
11	16'5
12	17'0
13	18'0
14	19'0
15	20'0

Ist das vorstehend dargestellte Verhältnis zwischen vorhandenem Alkohol und zuckerfreiem Extrakt nicht gegeben, so darf der Wein nur um so viel Gramm je Liter zuckerfreiem Extrakt weniger enthalten, als der Gehalt an nicht flüchtiger Säure den Wert von 6'0 Gramm je Liter unterschreitet;

c) Gesamtsäure (titrierbare Säure), als Weinsäure berechnet:

4'0 Gramm je Liter;

d) Asche (in Gramm je Liter):

Weißwein
1'30

Rotwein (Schiller-Roséwein)
1'60

(2) Für Weine des Jahrganges 1973 wird der Mindestwert an Asche bei Weißwein mit 1'20 und bei Rotwein mit 1'50 Gramm je Liter festgelegt.“

5. Der bisherige § 9 erhält die Bezeichnung § 9 Abs. 1.

6. Dem § 9 ist als Abs. 2 anzufügen:

„(2) Die Untersuchung von Weinen, für die die Erteilung der Bewilligung zur Verwendung des Weingütesiegels beantragt wurde, bleibt der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg vorbehalten. Diese Versuchsanstalt kann sich hinsichtlich der analytischen Untersuchung von Siegelweinen der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesversuchsanstalt in Wien bedienen.“

7. § 10 hat zu lauten:

„Ein- und Ausgangsbücher

§ 10. (1) Wer Wein, Keltertrauben, Traubenmost, Traubendicksaft oder Obstwein (kurz Erzeugnisse) zukauf und zum Verkauf bereithält, verkauft oder sonst in Verkehr setzt, ist verpflichtet, Ein- und Ausgangsbücher zu führen, die den in den Beilagen 1 und 2 enthaltenen Mustern inhaltlich zu entsprechen haben.

(2) In die Ein- und Ausgangsbücher gemäß Abs. 1 sind jedenfalls einzutragen:

- a) die mit Stichtag 31. Dezember vorhandene Menge an Erzeugnissen,
- b) Name und Anschrift der Personen, von denen Erzeugnisse erworben oder an die Erzeugnisse geliefert wurden,
- c) der Tag des Zu- und Abganges sowie Menge und Herkunft der erworbenen oder abgegebenen Erzeugnisse und, soweit Wein unter einer auf Jahrgang, Sorte oder Qualität hinweisenden Bezeichnung in Verkehr gesetzt werden soll, auch diese nähere Bezeichnung,
- d) die eigene Produktion an Erzeugnissen sowie die Menge des erzeugten Hastrunkes als Eingang und der Eigenverbrauch sowie der Schwund als Ausgang.

(3) Buchhaltungsunterlagen, denen die im Abs. 2 angeführten Angaben zu entnehmen sind, gelten als Ein- und Ausgangsbücher.

(4) Die Angaben gemäß Abs. 2 sind binnen 40 Tagen nach dem jeweiligen aufzeichnungspflichtigen Vorgang, die eigene Produktion an Erzeugnissen und die Menge des erzeugten Hastrunkes jedoch, unbeschadet der Eintragung gemäß Abs. 2 lit. a, bis spätestens 30. November des jeweiligen Erntejahres einzutragen. Die Eintragungen müssen richtig und vollständig sowie deutlich lesbar und so übersichtlich sein, daß sich ein sachverständiger Dritter ohne unzumutbaren Aufwand in den Unterlagen zurechtfindet. Für

den angegebenen Zeitraum, in dem die aufzeichnungspflichtigen Vorgänge noch nicht eingetragen sind, müssen die Belege über diese Vorgänge, in zeitlicher Folge geordnet, den Ein- und Ausgangsbüchern angeschlossen sein.

(5) Für die Abgabe von in Flaschen abgefüllten Erzeugnissen im Detailhandel über die im § 33 Abs. 3 des Weingesetzes angeführte Menge hinaus sowie für die Abgabe von nicht in Flaschen abgefüllten Erzeugnissen zum unmittelbaren Genuß an den Letztverbraucher (wie in Gaststätten und Buschenschankbetrieben) genügt die Aufzeichnung der wöchentlich abgegebenen Gesamtmenge.

(6) Die Bücher sind jährlich mit 31. Dezember abzuschließen und die Endergebnisse der Eintragungen mit dem Lagervorrat zu vergleichen. Die vorhandenen Bestände sind als Vorrat unter ‚Eingang‘ in die Aufzeichnungsunterlagen für das nächstfolgende Jahr einzutragen.

(7) Wer Traubendicksaft erzeugt, hat, unbeschadet der Erfordernisse des Abs. 1, ein Ein- und Ausgangsbuch zu führen, das inhaltlich den in der Beilage 3 enthaltenen Mustern zu entsprechen hat.“

Artikel II

Die Bestimmungen des Art. I Z. 7 treten mit 1. September 1974 in Kraft.

Weihs

Beilage 1

Bezeichnung des Weines:

Herkunft:

Sorte:

Jahrgang:

Qualität: *)

Beleg	Datum	Aufzeichnungspflichtiger Vorgang: Eingang; (aus eigener Fehschung, Verschnitt); Weinbestand zum Stichtag; Ausgang; Name und Anschrift des Käufers bzw. Verkäufers	Eingang in Liter		Ausgang in Liter				
			Gesamtmenge	Verschnittanteil	Verkauf	Eigenverbrauch	Schwund und Geläger	Gesamtmenge	

*) Bei Weinen besonderer Reife und Lesart unter Angabe des Nachweises gemäß § 19 Abs. 6 des Weingesetzes.

Beilage 2

Bezeichnung der Trauben, der Traubenmaische, des Traubenmostes (Sturm) oder des Jungweines

Beleg	Datum	Aufzeichnungspflichtiger Vorgang; Name und Anschrift des Käufers bzw. des Verkäufers	Eingang in Kilogramm oder Litern	Ausgang in Kilogramm oder Litern

Ein- und Ausgangsbuch für Traubendicksaft

Lfd. Nr.	Datum des Einganges	Transport- bescheinigung Nummer	Menge in Litern	Belieferter Betrieb	Menge in Litern	Zeitpunkt der Lieferung	Zweck der Verwendung

46.

**TWENTY-SIXTH WORLD HEALTH
ASSEMBLY**

23 May 1973

**ADDITIONAL REGULATIONS OF 23 MAY
1973 AMENDING THE INTERNATIONAL
HEALTH REGULATIONS (1969), IN PAR-
TICULAR WITH RESPECT TO ARTI-
CLES 1, 21, 63—71 AND 92**

The Twenty-sixth World Health Assembly,

Considering the need for amendment of cer-
tain of the provisions of the International Health
Regulations (1969); and

Having regard to Articles 2 (k), 21 (a) and 22
of the Constitution of the World Health Organi-
zation,

ADOPTS, this 23 May 1973, the following
Additional Regulations:

ARTICLE I

PART I — DEFINITIONS

Article 1

The definition of "airport" should be deleted
and replaced by "means any airport designated
by the Member State in whose territory it is
situated as an airport of entry and departure for
international air traffic, where the formalities
incident to customs, immigration, public health,
animal and plant quarantine and similar proce-
dures are carried out."

PART III — HEALTH ORGANIZATION

Article 21

Paragraph 1: delete sub-paragraphs (b) and (c).

**PART V — SPECIAL PROVISIONS RELAT-
ING TO EACH OF THE DISEASES SUB-
JECT TO THE REGULATIONS**

Chapter II. Cholera

Article 63. Delete.

Article 64. Re-word to read as follows and
re-number as Article 63.

"1. If on arrival of a ship, aircraft, train, road
vehicle or other means of transport a case of
cholera is discovered, or a case has occurred on
board, the health authority (a) may apply sur-
veillance or isolation of suspects among passen-
gers or crew for a period not to exceed five days
reckoned from the date of disembarkation;
(b) shall be responsible for the supervision of the
removal and safe disposal of any water, food

**VINGT-SIXIEME ASSEMBLEE
MONDIALE DE LA SANTE**

23 mai 1973

**REGLEMENT ADDITIONNEL DU 23 MAI
1973 MODIFIANT LE REGLEMENT SANI-
TAIRE INTERNATIONAL (1969), EN PAR-
TICULIER LES ARTICLES 1, 21, 63—71
ET 92**

La Vingt-Sixième Assemblée mondiale de la
Santé,

Considérant qu'il est nécessaire de modifier
certaines dispositions du Règlement sanitaire in-
ternational (1969); et

Vu les articles 2 (k), 21 (a) et 22 de la Consti-
tution de l'Organisation mondiale de la Santé,

ADOpte, ce 23 mai 1973, le Règlement addi-
tionnel ci-après:

ARTICLE I

TITRE I. DEFINITIONS

Article 1

Remplacer la définition de l'« aéroport » par
ce qui suit: « Aéroport signifie tout aéroport que
l'Etat Membre, dans le territoire duquel il est
situé, a désigné comme aéroport d'entrée et de
sortie destiné au trafic aérien international et où
s'accomplissent les formalités de douane, de con-
trôle des personnes, de santé publique, de con-
trôle vétérinaire et phytosanitaire et autres for-
malités analogues. »

TITRE III. ORGANISATION SANITAIRE

Article 21

Paragraphe 1: Supprimer les alinéas b) et c).

**TITRE V. DISPOSITIONS PROPRES A
CHACUNE DES MALADIES SOUMISES AU
REGLEMENT**

Chapitre II. Choléra

Article 63. A supprimer.

Article 64. Lui donner le numéro 63 et le modi-
fier comme suit:

« 1. Si, à l'arrivée d'un navire, aéronef, train,
véhicule routier ou autre moyen de transport,
un cas de choléra est constaté, ou si un cas s'est
produit à bord, l'autorité sanitaire a) peut
soumettre les passagers ou les membres de
l'équipage jugés suspects à une surveillance ou à
un isolement pendant une période qui ne doit
pas dépasser cinq jours à compter de la date de
débarquement; b) est responsable du contrôle de

(excluding cargo), human dejecta, waste water including bilge water, waste matter, and any other matter which is considered to be contaminated, and shall be responsible for the disinfection of water tanks and food handling equipment.

2. Upon accomplishment of (b) the ship, aircraft, train, road vehicle or other means of transport shall be given free pratique.”

Article 65—69 inclusive. Delete.

Article 70. Re-word to read as follows and re-number as Article 64.

“Foodstuffs carried as cargo on board ships, aircraft, trains, road vehicles or other means of transport in which a case of cholera has occurred during the journey, may not be subjected to bacteriological examination except by the health authorities of the country of final destination.”

Article 71. Retain text unchanged and re-number as Article 65.

PART VI — HEALTH DOCUMENTS

Article 92

Sub-paragraph 1. Delete reference to Appendix 2 and re-number accordingly.

Sub-paragraph 3 re-word to read as follows:

“International certificates of vaccination must be signed in his own hand by a medical practitioner or other person authorized by the national health administration: his official stamp is not an accepted substitute for his signature.”

Sub-paragraph 5. Delete reference to Appendix 2 and re-number accordingly.

Appendix 2. Delete and re-number Appendices accordingly.

ARTICLE II

The period provided in the execution of Article 22 of the Constitution of the Organization for rejection or reservation shall be three months from the date of the notification by the Director-General of the adoption of these Additional Regulations by the World Health Assembly.

l'enlèvement et de l'élimination, dans des conditions hygiéniques, des réserves d'eau, des aliments (à l'exclusion de la cargaison), des déjections humaines, des eaux usées, y compris des eaux de cale, des matières résiduelles et de toutes autres matières considérées comme contaminées, ainsi que de la désinfection des réservoirs d'eau et du matériel servant à la manipulation des aliments.

2. Une fois appliquées les mesures prescrites sous b), le navire, aéronef, train, véhicule routier ou autre moyen de transport est admis à la libre pratique. »

Articles 65—69. A supprimer.

Article 70. Lui donner le numéro 64 et le modifier comme suit:

« Les denrées alimentaires faisant partie de la cargaison qui se trouvent à bord d'un navire, aéronef, train, véhicule routier ou autre moyen de transport sur lequel un cas de choléra s'est produit en cours de voyage ne peuvent être soumises à un examen bactériologique que par les autorités sanitaires du pays de destination finale. »

Article 71. A maintenir sans changement, mais en lui donnant le numéro 65.

TITRE VI. DOCUMENTS SANITAIRES

Article 92

Dans le paragraphe 1, remplacer « Appendices 1, 2, 3 et 4 » par « Appendices 1, 2, et 3 », l'appendice 2 étant supprimé et les suivants renumérotés.

Modifier comme suit le paragraphe 3:

« 3. Les certificats internationaux de vaccination doivent être signés de sa propre main par un médecin ou une autre personne habilitée par l'administration sanitaire nationale, un cachet officiel ne pouvant être considéré comme tenant lieu de signature. »

Dans le paragraphe 5, remplacer « Appendices 2, 3 et 4 » par « Appendices 2 et 3 ».

Appendice 2. A supprimer, les appendices suivants étant renumérotés.

ARTICLE II

Le délai prévu conformément à l'article 22 de la Constitution de l'Organisation pour formuler tous refus ou réserves est de trois mois à compter de la date de notification, par le Directeur général, de l'adoption du présent Règlement additionnel par l'Assemblée mondiale de la Santé.

ARTICLE III

These additional Regulations shall come into force on the first day of January 1974.

ARTICLE IV

The following final provisions of the International Health Regulations (1969) shall apply to these Additional Regulations: paragraph 3 of Article 100, paragraphs 1 and 2 and the first sentence of paragraph 5 of Article 101, 102 and 103, substituting the date mentioned in Article III of these Additional Regulations for that mentioned therein, 104 to 107 inclusive.

IN FAITH WHEREOF we have set our hands at Geneva this twenty-fourth day of May 1973.

J. SULIANTI

President of the Twenty-sixth World Health Assembly

M. G. CANDAU

Director-General of the World Health Organization

ARTICLE III

Le présent Règlement additionnel entrera en vigueur le 1er janvier 1974.

ARTICLE IV

Seront applicables au présent Règlement additionnel les dispositions finales suivantes du Règlement sanitaire international (1969): paragraphe 3 de l'article 100, paragraphes 1 et 2 et première phrase du paragraphe 5 de l'article 101, article 102, article 103 (la date du 1er janvier 1971 étant remplacée par celle indiquée à l'article III du présent Règlement additionnel), et articles 104 à 107 inclusivement.

EN FOI DE QUOI nous avons apposé nos signatures et sceau ce vingt-quatre mai 1973, à Genève.

J. SULIANTI

Président de la Vingt-Sixième Assemblée mondiale de la Santé

M. G. CANDAU

Directeur général de l'Organisation mondiale de la Santé

(Übersetzung)

SECHSUNDZWANZIGSTE WELTGESUNDHEITSVERSAMMLUNG

23. Mai 1973

ZUSATZREGELUNGEN VOM 23. MAI 1973, WELCHE DIE „INTERNATIONALEN GESUNDHEITSREGELUNGEN (1969)“^{*)}, IM BESONDEREN DEREN ARTIKEL 1, 21, 63—71 UND 92, ABÄNDERN

Die sechsundzwanzigste Weltgesundheitsversammlung,

in Anbetracht der Notwendigkeit, gewisse Bestimmungen der Internationalen Gesundheitsregelungen (1969) abzuändern; und

unter Berücksichtigung der Artikel 2 (k), 21 (a) und 22 der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation,

beschließt am 23. Mai 1973 nachstehende Zusatzregelungen:

ARTIKEL I

TEIL I. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Artikel 1

Die Definition des Begriffs „Flughafen“ wird gestrichen und durch nachfolgende Begriffsbe-

^{*)} Kundgemacht in BGBl. Nr. 377/1971.

stimmung ersetzt: „bezeichnet einen Flughafen, der von dem Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet er sich befindet, als Ankunfts- oder Abfahrtsflughafen für den internationalen Flugverkehr bezeichnet wird und in dem die Formalitäten hinsichtlich Zoll, Einwanderung, Gesundheitskontrolle, Tier- und Pflanzenquarantäne und ähnliche Formalitäten abgewickelt werden“.

TEIL III. GESUNDHEITSORGANISATION

Artikel 21

Absatz 1: Die lit. b und c werden gestrichen.

TEIL V. BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR DIE EINZELNEN UNTER DIE REGELUNGEN FALLENDEN KRANKHEITEN

Kapitel II. Cholera

Artikel 63: wird gestrichen

Artikel 64: wird zu Artikel 63 und wie folgt neu gefaßt:

„1. Wenn anlässlich der Ankunft eines Schiffes, eines Flugzeuges, eines Eisenbahnzuges, eines Straßenfahrzeuges oder eines anderen Verkehrsmittels ein Cholerafall entdeckt wird oder ein Cholerafall an Bord vorgekommen ist, so a) kann die Gesundheitsbehörde Verdachtsfälle unter den Passagieren oder der Besatzung für

einen Zeitraum von nicht mehr als 5 Tagen, vom Zeitpunkt der Ausschiffung gerechnet, unter Beobachtung oder Isolierung stellen, b) ist die Gesundheitsbehörde verantwortlich für die Überwachung der Entfernung und sicheren Beseitigung von jeglichem Wasser, Nahrungsmitteln (ausgenommen als Bestandteil von Ladungen), menschlichen Ausscheidungen, Abwässern einschließlich des Bilgewassers, Abfällen und allen Gegenständen die als mit Krankheitskeimen behaftet anzusehen sind. Sie ist weiter verantwortlich für die Desinfektion der Wasserbehälter und der Gegenstände, die zum Hantieren mit Lebensmitteln dienen.

2. Sind die unter b) zitierten Maßnahmen einmal erfolgt, so soll dem Schiff, dem Luftfahrzeug, dem Eisenbahnzug, dem Straßenfahrzeug oder sonstigen Beförderungsmittel freie Fahrt gestattet werden.“

Artikel 65 bis einschließlich Artikel 69: sind zu streichen.

Artikel 70: wird in nachstehender Neufassung zu Artikel 64:

„Lebensmittel, die sich als Bestandteil einer Ladung an Bord von Schiffen, Luftfahrzeugen, Eisenbahnzügen, Straßenfahrzeugen oder anderen Transportmitteln befinden, dürfen nur von den Gesundheitsbehörden des endgültigen Bestimmungslandes einer bakteriologischen Untersuchung unterzogen werden.“

Artikel 71: bleibt unverändert und wird zu Artikel 65.

TEIL VI. GESUNDHEITSDOKUMENTE

Artikel 92

In Absatz 1. sind die Worte „Anlagen 1, 2, 3 und 4“ durch die Worte „Anlagen 1, 2 und 3“ zu ersetzen. Dementsprechend ist die Anlage 2 ersatzlos zu streichen. Die bisherigen Anlagen 3 und 4 werden zu Anlagen 2 und 3.

Absatz 3. wird wie folgt abgeändert:

„3. Internationale Impfzeugnisse sind von einem praktizierenden Arzt oder von einer von

der nationalen Gesundheitsverwaltung autorisierten Person eigenhändig zu unterschreiben; eine Stampiglie gilt nicht als Ersatz für die Unterschrift.“

In Absatz 5. sind die Worte „Anlagen 2, 3, und 4“ durch die Worte „Anlagen 2 und 3“ zu ersetzen.

Anlage 2: diese wird entsprechend der Neuregelung von Artikel 92 ersatzlos gestrichen. Die bisherigen Anlagen 3 und 4 werden zu den Anlagen 2 und 3.

ARTIKEL II

Die gemäß Artikel 22 der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation vorgesehene Frist für die Ablehnung oder für Vorbehalte beträgt drei Monate, von dem Tag an gerechnet, an dem der Generaldirektor die Annahme dieser Zusatzregelungen durch die Weltgesundheitsversammlung bekanntgibt.

ARTIKEL III

Diese Zusatzregelungen treten am 1. Jänner 1974 in Kraft.

ARTIKEL IV

Die nachstehenden Schlußbestimmungen der „Internationalen Gesundheitsregelungen (1969)“ sind auch auf diese Zusatzregelungen anzuwenden:

Artikel 100, Absatz 3., Artikel 101, Absatz 1. und 2. und der erste Satz von Absatz 5. sowie Artikel 103, wobei das in Absatz 1. dieses Artikels angeführte Datum durch das in Artikel III dieser Zusatzregelungen genannte Datum zu ersetzen ist, schließlich die Artikel 104 bis einschließlich 107.

ZU URKUND DESSEN haben wir in Genf am 24. Mai 1973 gezeichnet.

J. SULIANTI

Präsident der 26. Weltgesundheitsversammlung

M. G. CANDAU

Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation

Kreisky